

## Pressemitteilung zum TV-N Bayern

München, 19.01.2026

### **Tarifverhandlungen für die bayerischen Nahverkehrsunternehmen – Arbeitgeber streben nach schnellem Tarifabschluss, Angebot in der ersten Verhandlungsrunde**

Die Beschäftigten sind der entscheidende Faktor für die Erfüllung der Mission unserer Mitgliedsunternehmen, einen sicheren und zuverlässigen Personennahverkehr und damit eine zukunftsorientierte, nachhaltige Mobilität zu gewährleisten. Daher bieten die kommunalen Verkehrsunternehmen im Vergleich zu privaten Unternehmen bereits jetzt attraktive Arbeitsbedingungen, Entgelte und Arbeitsplatzsicherheit. Stellenbesetzungen gelingen aktuell mit der bestehenden Entgeltstruktur.

Gleichzeitig kämpfen unsere kommunalen Nahverkehrsunternehmen mit einer steigenden Finanzierungslücke, die bei einigen Unternehmen bereits zu Einschränkungen des Angebotes geführt haben. Weitere Kürzungen müssen sowohl im Sinne der Verkehrswende und vor allem auch im Interesse unserer Beschäftigten wegen des damit verbundenen Stellenabbaus vermieden werden.

Die von ver.di erhobene Forderung nach einer Entgeltsteigerung von 668,75 € würde tabellenübergreifend eine Entgelterhöhung von knapp 17 Prozent bedeuten. In den unteren Entgeltgruppen werden sogar bis zu 27,7 Prozent Entgelterhöhungen gefordert. Die Forderung nach einer Arbeitszeitreduzierung von 38,5 auf 35 Stunden bei vollem Lohnausgleich beinhaltet aufgrund der geringeren Arbeitsleistung für das gleiche Entgelt eine Kostensteigerung von weiteren 9,1 Prozent. Allein diese beiden Forderungen aus dem umfangreichen Katalog der Gewerkschaft ver.di sind mit einer Höhe von deutlich über 30 Prozent realitätsfern und in keiner anderen Branche bundesweit zu verzeichnen. Sie übersteigen das von jedem Unternehmen wirtschaftlich Leistbare bei weitem.

Die Gewerkschaft dbb hat ihre Forderungen vom letzten Jahr aufrechterhalten und um den Wunsch nach einer Einmalzahlung als Ausgleich für die entgangene Entgelterhöhung im letzten Jahr ergänzt. Eine entsprechende Forderung wurde seitens ver.di nicht erhoben.

Die Arbeitgeberseite ist sich der Verantwortung um einen zeitnahen und wirtschaftlich tragbaren Abschluss bewusst und hat sich daher entschieden, bereits zum Verhandlungsaufpunkt das folgende **Angebot mit einer Laufzeit bis zum 31.12.2027** zu unterbreiten:

- Die Tabellenentgelte der Beschäftigten werden um mindestens 5,0 Prozent, und zwar
  - ab dem 01.01.2026 um 3,1 Prozent, mindestens jedoch 110 Euro monatlich, und
  - ab dem 01.01.2027 um weitere 1,9 Prozent erhöht.
- Die Ausbildungsentgelte werden ab dem
  - 01.01.2026 um 75 Euro monatlich und
  - 01.01.2027 um weitere 75 Euro monatlich erhöht.
- Zulagen für höherwertige Tätigkeiten werden für mehr als eine Entgeltgruppe rückwirkend ab 01.01.2026 gewährt.
- Ab 01.01.2027 Möglichkeit für Beschäftigte zur freiwilligen Erhöhung der Arbeitszeit auf 42 h mit Zuschlägen von bis zu 25 Prozent für die vereinbarten Erhöhungsstunden.
- Aufhebung der Stufenhemmung für Beschäftigte der EG 8 und 9 ab 01.01.2026.
- Erhöhung Lehrfahrerzulage von 6 Prozent auf 10 Prozent ab 01.01.2026.
- Ermöglichung betrieblicher Regelungen zur Gewährung von Zuschlägen zugunsten der Beschäftigten für Einsätze zu Zeiten, die schwer zu besetzen sind.

Die Gewerkschaft ver.di hat das Angebot als nicht verhandlungsfähig abgelehnt und hält unverändert an ihren erheblichen Forderungen fest. Mit der Gewerkschaft dbb fand ein erster konstruktiver, inhaltlicher Austausch statt.

Magdalena Weigel, Vorstand der VAG Verkehrs-Aktiengesellschaft und Verhandlungsführerin auf Arbeitgeberseite:

*„Das von den Arbeitgebern vorgelegte Angebot bewegt sich bereits am Rande des wirtschaftlich Vertretbaren. Es trägt dem Interesse der Beschäftigten an einem schnellen Abschluss Rechnung. Sie mussten im letzten Jahr aufgrund der fehlenden Kündigung der Gewerkschaft ver.di eine Nullrunde in Kauf nehmen. Die kommunalen Verkehrsunternehmen stellen den öffentlichen Personennahverkehr für alle Bevölkerungsgruppen sicher und stehen dabei in der Verantwortung des sorgsamen Umgangs mit öffentlichen Geldern. Wir bedauern, dass die Gewerkschaft ver.di das Angebot als nicht verhandlungsfähig abgelehnt hat.“*

Weitere Verhandlungstermine wurden für den 13.02. und den 27.02.2026 vereinbart.